

Vossische Zeitung



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur L. V. Julius Eibaw. Verantwortl. für den Gesamtbau (außer Handelsblatt): Dr. Carl Mich. Berlin. Für Rückg., unverf. Manusk. ist Porto beizufügen

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3900-3905, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3988-3989. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 680.

Räumung der Saar

Beschluß des Völkerrundrats

Genf, 12. September

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung“

Der Völkerrundrat hat heute auf Antrag seines Vizepräsidenten Grelajo beschlossen, von dem nächsten der Regierungskommission im Saargebiet Kenntnis zu nehmen und

1. den Vorschlag sowie die Eisenbahntarifkommission, die infolge des Beschlusses vom 12. März 1927 eingesetzt worden ist, aufzulösen.

2. diese Auflösung binnen längstens drei Monaten durchzuführen, welche Frist von der Regierungskommission als genügend für die Ausführung der in Aussicht genommenen Maßnahmen vorgezogen worden ist.

In einem dritten Punkt des Berichtes der Regierungskommission ist vorgelegen, daß die Regierungskommission bei Unruhen das Recht habe, technische und militärische Kräfte heranzuziehen.

Dr. Curtius und Beland gaben kurze Erklärungen ab. Dr. Curtius führte aus, daß damit ein Zustand geschaffen sei, der den Wünschen der saarbräunlichen Bevölkerung entspricht. Was den dritten Punkt des Gutachtens der Regierungskommission, die Ernennung technischer oder militärischer Hilfe im Falle von Unruhen betrifft, so habe Dr. Stresemann bereits ferner gesetzt den deutschen Rechtsstandpunkt dargelegt, und er könne es sich nicht erlauben, weiter darauf einzugehen, um so mehr, als der vorgesehene Fall niemals eintreten werde.

Francia erklärte, die französische Regierung sei von Anfang an nur darum besorgt gewesen, die Freiheit der Transporte zu sichern. Da die Regierungskommission sich verpflichtet befehle Sorge zu tragen, so habe er nichts gegen die vorgeschlagene Lösung einzuwenden. Zum Punkt drei wolle er nicht in eine Diskussion über die Auslegung des Friedensvertrages eintreten, um so mehr, da auch er davon überzeugt sei, daß dieser Fall niemals eintreten werde. Für den Angelegenheit ebenfalls sei die Regierungskommission, und das sei für Frankreich die Hauptsache, in die Sache verlegt, ihre Pfllichten zu erfüllen. (Vergleiche auch Umfette)

BÜLOW-Denkwürdigkeiten

Heute:

Staatsstreich-Pläne / Die Hunnen-Rede Waldersee

Kampf um das Sandvolf

Schlange in Byritz

Bericht für die „Vossische Zeitung“

Stettin, 12. September

Für den agrarischen Osten geht es am Sonntag darum, wieviel Mandate die Deutschnationalen, deren absolute Mehrheit bisher einen inneren Anstoß der Ölprovingen an die Republik verminderte, den links von ihnen stehenden bäuerlichen und bauerfreundlichen Parteien abgeben müssen.

Ich fuhr, um die Chancen beider Gruppen am Schluß eines von rechts her unendlich und mit viel reichlicheren Geldmitteln geführten Wahlkampfes noch einmal abzuklären, nach Byritz an der pomerell-brandenburgischen Grenze, wo auf gelungem Weizenfeld eine allen tabularen Parteien von jeder besonders geneigte, dabei selbstbewußte Bauernschaft wohnt. Dort ist die Hohe der Nationalsozialisten in Pommern. Dort sprach in einer Wahlversammlung der Ortsbesitzer Schlang eine aus Schöningen, den seine Entzweiung von Deutschnationalen Provinzialparlamenten zum Kandidaten der gegen Sugenberg frontierenden Sandvolfpartei Pommerns zum bestgeeigneten Mann werden ließ.

Der Besuch der Versammlung ist nicht übermäßig. Keine lebhafte Personen. Alles ruhige, wohlhabende Landleute. Auch einige „große Herren“ sind darunter, die ihre Schiffe mit dem Wegem an Engländer warten lassen. Wertvoll, von den nationalsozialistischen Schreibern ist kein einziger gekommen. Der Redner hält diesen Redner keine Wahlrede, sondern ein politisches Kolleg. Er läßt sie überlegen, daß alles Oerebe, als könne im Reich eine andre als die bisherige Regierung oder die Große Koalition zustande kommen, haptlos ist. Er gibt einen Abriss der Geschichte des Antilettismus in Deutschland und warnt vor dem Kampf aller gegen alle. Seine agrarwirtschaftlichen Erwägungen fassieren die von Aufstand betriebene Ertragssteigerung und die von England angelegte Ölversorgung aus seinen Domänen ein. Er schließt mit betonter Würde von dem obigen patriotischen Gehalt, indem er zur Weiterarbeit auffordert, statt „nur in Zukunftswort“ zu machen.

Der Besuch der aufmerksamen Hörer ist schwach, was nach der Anlage der Rede nicht übermäßig. Zur Diskussion tritt der Deutschnationale Kreisgesellschaften an. Seine Attende alle der Versammlungsteilnehmer, dem Führer der Sandvolfpartei im Preiger Kreis, der nach im Vorjahr im Kreisblatt zum treuen Beibehalten an der Deutschnationalen Partei aufgefordert habe.

„Nicht wir sind uns untreu geworden“, erwidert ihm Schlang, „sondern die Deutschnationale Partei ist durch Sugenberg umgewandelt.“ Der Angegriffene selbst, ein unbeherrschter Landwirt, weteilt sich. „Wir wollen Reste, die selber was Tüchtiges in

ihren Betrieben lassen“, ruft er zornig, bevor er die Versammlung militärisch kurz löst.

Das Gehr für den Redner: die Sandvolfpartei arbeitet inmitten einer verhört hantelständigen Bevölkerung mutig an der Entschlingung der Öchtere. Dieses Verbleib, das ihr auch der lassen muß, der grundständig gegen berufständliche Gruppen im Parlament ist, wird sie daran hindern, im Osten übertragende Erfolge einzuschleppen. Sie tritt in dieser Hinsicht das Schicksal der

Was wir vom Reichstag wollen

Die morgige Wahl soll staatspolitisch entscheiden. Aber notwendig wird der neue Reichstag gesetzgeberisch auf Schritt und Tritt in Berufsfragen eingreifen müssen. Das Staatsroth gliedert sich nach Berufsgruppen, nur darf die Wahrnehmung der Sonder-Interessen nicht überdauern. Deshalb hat ein Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ ausgezeichneten Vertretern der verschiedensten Berufe die Frage vorgelegt: Was fordern Sie für Ihren Beruf vom neuen Reichstag?

Geh. Med.-Rat Professor Dr. Kraus

Vertreter des deutschen Arztstandes

„Am Interesse der speziellen Krankenbehandlung, im individuellen und kollektiven Sinne, der Vorbeugung und der festhaltenden Induktion der biologischen Lebensnorm, also im Interesse des allerpolitischsten Dinges auf der Welt: der Volksgesundheit, ein berechtigtes Wenig auch im Interesse des ärztlichen Standes, erhalte ich mir vom künftigen Parlament: 1. Eine Revision der Rotterochnung, betreffend die Reform der Krankenversicherung vom 28. Juli 1920 und des

neuen Krankenarztes. Für die wenig verbleibenden Arbeiter sind die neuerdings aufgetretenen Kosten schwer erträglich. Den Ärzeten ist vorgeworfen worden, daß nur ihre wirtschaftliche Unkenntnis und das Vergehen der Selbstverwaltungseinrichtungen Schuld sei an den weitgehenden Steuerungen. Das empfindet jeder Hausbesitzer, Mediziner, der erfüllt ist von den hohen Forderungen seiner Wissenschaft und Kunst, als ungerechte Degradation. Daher ist zu fordern, daß der Reichsausschuß für Ärzte und Krankenstellen zu Rate gezogen wird.

2. Daß nicht bloß für die beamteten Ärzte, die der Staat in entsprechender Zahl und Schulung auch dringend nötig hat, sondern auch für einen freien Arztstand gelogt wird, sondern auch hier zu bedenken, daß alles wahrhaft Große in der Medizin aus den Bedürfnissen der Praxis hervorgegangen ist. Fortschritt und Erfolg sind natürlich unentbehrlich, aber der Praktiker darf nicht bloß erfüllt werden vom Beruf des Helfers, er muß auch die ästhetische Freude haben können daran, daß er imstande ist, die Not des Krankenbettes zu besiegen und die Wunden gelinder zu machen.

3. Erneute ich endlich ein geliebliches Kurpfuschereiverbot. Damit würde allerdings nicht der Kurpfuscherei ein Ende gemacht. Aber man könnte dann in den trüffellen Fällen einschreiten. Stills ist berechtigt, auch an den Befugnissen der Selbstände. Aber gerade im Problematischen ist es zweckmäßig, die Fachmänner zu hören.“

Vor der Entschleidungsschlacht in China

London, 12. September | Ullstein-Nachrichtendienst

Das vorgezogene Vorbereitung hat General Zhang Kai Schar an der Kantun-Grenze nunmehr eine neue Offensive gegen General Fung Yu Shiang begonnen. Es stehen sich an der Grenzlinie ungefähr 100 000 Mann gegenüber, die auf beider Seite gleichmäßig star sind. Man erwartet, daß diese Schlacht den Ausgang des Bürgerkrieges entscheiden wird. Wenn die Offensive Zhang Kai Schar's schließt, wird er sich auf Kompromißverträge der Nordregierung einlassen müssen.

Die mandchurischen Generale sind zur Zeit in Wuhan an einer Konferenz zusammengetreten, um über ihre Haltung zu den rivalisierenden Regierungen zu beraten.

Stadtschulrat Nydahl

„Es ist schwer, eine Pronone zu stellen. Nach einer Richtung hin möchte ich es trodgen tun: die Adhäsion unter Jugend scheint mit Ihren Höhepunkt erreicht zu haben; sie wird, nachdem